

Den Absturz verhindern

Michael Ruppert (FDP) zum Haushalt der Stadt Haan 2011 (29.3.2011)
(Es gilt das gesprochene Wort)

Anrede

Worum geht es heute ?

Es geht im Wesentlichen um drei Ziele, die wir nur erreichen werden, wenn wir den Mut finden, auch unangenehme Entscheidungen zu treffen, wenn wir die Ausdauer haben, das über eine Reihe schwieriger Jahre durchzustehen, und wenn sich die Einsicht durchsetzt, dass das nur Rat und Verwaltung gemeinsam schaffen können!

Das erste ist: Wir müssen den Absturz in die Schuldenfalle verhindern – also die Situation, in der man Kredite aufnehmen muss, um die Zinsen zahlen zu können.

Das zweite: Der ausgeglichene Haushalt darf keine Utopie bleiben. In der öffentlichen Finanzwirtschaft wurde zu lange verdrängt, was der ordentlichen bergischen Hausfrau schon immer klar war: Man kann auf Dauer nicht mehr ausgeben als man einnimmt.

Das dritte: Wir wollen uns in Haan wieder ohne Einschränkung selbst verwalten und nicht bänglich auf Vorgaben und Beschränkungen der Kommunalaufsicht warten.

Leicht wird das nicht. Und es reicht auch nicht, wie mancher Bürger meinen mag, hie und da den „Gürtel etwas enger zu schnallen“ und auf die ein oder andere liebgewordene Ausgabe zu verzichten. Das zeigt schon ein kurzer Blick auf die gegenwärtige Haushaltsstruktur:

Gut 42 Mio € fließen uns an Steuern und steuerähnlichen Einnahmen zu – und verschwinden fast vollständig (mehr als 38 Mio) gleich wieder: als Transfers in diverse Umlagetöpfe, auf die wir keinen Einfluss haben, wie auch an diverse freie Träger, z. um Beispiel der Kindergärten. Dabei ist

der Betrag für die Kreisumlage seit gestern sogar so niedrig wie seit fünf Jahren nicht mehr.

Auch die restlichen 20 Mio auf der Einnahmeseite des Haaner Haushalts bilden keineswegs eine freie Spitze, mit der wir nach Gutdünken wirtschaften könnten. Weit mehr als die Hälfte davon sind so genannte Leistungsentgelte, also Zahlungen für öffentliche Angebote und Einrichtungen, denen regelmäßig Ausgaben in mindestens gleicher Höhe gegenüberstehen (z.B. bei den kostenrechnenden Einrichtungen wie Abfall, Abwasser und Straßenreinigung) in der Regel aber wesentlich höhere.

Nur zwei Beispiele: Natürlich bezahlen die Besucher des Hallenbads Eintritt – 240.t €. Aber allein die Personalausgaben sind doppelt so hoch, das Defizit beträgt 800.t €. In einer Situation, in der uns finanziell das Wasser nicht nur bis zum Hals steht, wollen wir uns davon mit Hilfe der Stadtwerke wenigstens etwas frei schwimmen!

Und gewiss zahlen Eltern Beiträge für die Unterbringung ihrer Kinder in Tageseinrichtungen (c.a. 1 Mio) und Zuschüsse vom Land (c.a. 4 Mio) gibt es auch. Aber: 3,2 Mio legen wir als Stadt obendrauf – jedes Jahr. Wir erfüllen damit eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Gleichwohl verstehen und unterstützen wir die Absicht der Verwaltung, die Beitragssenkungen wieder rückgängig zu machen, die wir uns, möglicherweise in Verkennung des Ernstes der Lage, geleistet haben – zumal die Erhöhung Einkommensschwächere ja gerade nicht treffen wird.

Wie bei den Kitas, wo wir in Haan zwar stolz sein können auf unsere weitgehende Soll-Erfüllung bei der Betreuung der Unter- drei- Jährigen, aber gleichzeitig feststellen müssen, dass die Gesetzgeber in Bund und Land uns mehr fordern als fördern, verhält es sich mit unseren Aufgaben als Schulträger: Reichte es vor ein paar Jahren im wesentlichen noch, für

anständige Gebäude und einen Hausmeister zu sorgen (für die eigentlichen Bildungsaufwendungen kam ja zuständigkeithalber das Land auf), schultern wir heute die wachsende Bedeutung des Ganztagsbetriebs fast alleine - ohne die adäquate Unterstützung derjenigen, die nicht müde werden unseren Kindern mehr und bessere Bildung zu versprechen!

Von prominenter Stelle wurde ja zuletzt die schöne Theorie verkündet, solche „Investitionen“ refinanzierten sich sozusagen von selbst. – Nun bezweifle ich nicht im geringsten, dass „Investitionen in Köpfe“ nützlich und notwendig sind. Aber ich hoffe doch sehr, dass immer wieder neue Köpfe nachwachsen, in die zu investieren sich lohnt. Geht das allerdings nur noch auf Pump, dann geben wir unseren Kindern und Enkeln eine unverantwortliche Hypothek mit auf den Weg.!

Die Hypothek lastet schon heute schwer: Wären die Zinsen für alte Schulden nicht, müsste etwa der Bund nicht einen Euro neue Kredite aufnehmen – und hätte noch reichlich übrig, zum Beispiel für die Entlastung der Kommunen. Genauso verhält es sich im Land.

Auf Hilfe von oben sollten wir daher nicht unbedingt hoffen, auch wenn die Kommunen zuletzt etwas mehr in den politischen Focus geraten sind. Im Gegenteil: Alle Zeichen aus Düsseldorf deuten eher auf einen weiteren Eingriff in die Selbstverwaltung und Umverteilung zu unseren Lasten hin.

Den „Reichen“ nehmen, den „Armen“ geben, heißt das Motto dieser populären Robin-Hood-Ökonomie. Und „reich“, das sind wir, jedenfalls nach den Maßstäben des Gemeindefinanzgesetzes. - Auch wenn wir nur „reich gerechnet“ werden, zum Beispiel durch die vorgesehene Anhebung der „fiktiven Hebesätze“, worauf die IHK ja zurecht hinweist.

Das ist einer der Gründe, neben der objektiven Notlage, warum wir der für dieses Jahr vorgeschlagenen Erhöhung der Steuerhebesätze zustimmen. Wir tun das nicht leichten Herzens, aus mehreren Gründen:

>Erstens ist es beim besten Willen kein Beitrag zum Sparen.

>Zweitens zweifeln wir mit guten Gründen an der Nachhaltigkeit: Es geht ja nicht nur um die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortbedingungen, wie von der IHK angesprochen, also die Frage, ob wir Unternehmen gewinnen oder vergraulen. Wir sollten doch bitte auch die Kreativität der Steuerpflichtigen nicht unterschätzen, insbesondere solcher mit mehreren nationalen oder internationalen Standorten! – Es war, wenn ich mich recht erinnere, eine Bemerkung des vormaligen Finanzministers Steinbrück, „der Steuervermeidungs-Trieb sei stärker noch als der Geschlechtstrieb.“ Den Trieb sollten wir nicht ohne Not reizen!

>Drittens habe ich noch keine Stadt und kein Land gesehen, die sich dank Steuererhöhungen wirklich konsolidiert hätten. – Was auch daran liegen mag, das jegliche Hoffnung auf Mehreinnahmen den (um in der Diktion zu bleiben) ohnehin schwach entwickelten „Spartrieb“ rasch erlahmen lässt.

Was uns jedoch die Zustimmung erleichtert, ist die Tatsache, dass wir mit 398 Hebesatzpunkten immer noch unter allen anderen Gemeinden im Kreis bleiben, außer Langenfeld, unsere Position im „Ranking“ also knapp behaupten.

Angesichts der prognostizierten Defizite für dieses und die folgenden Jahre gießen wir damit aber nur ein paar Tropfen auf einen sehr heißen Stein. Spätestens 2013, wenn alle verfügbaren Rücklagen aufgebraucht sind, droht uns der Abstieg in die Liga der „Kassenkredit-Kommunen“.

>Das ist dann so, als wenn man von seiner Bank oder Sparkasse Geld für den Autokauf haben möchte - und gleich um einen zweiten Kredit bittet,

damit man den Sprit und die übrigen Unterhaltungskosten bezahlen kann.<

Was kann uns helfen?

Sicher nicht, obwohl wir natürlich auch entsprechende Vorschläge gemacht haben: hier eine kleine Sachkostenreduzierung oder aufgeschobene Anschaffung, dort eine Beförderungs- oder Wiederbesetzungssperre. Die sind im HSK zwar notwendig, aber nicht hinreichend.

Wenn wir irgendwann wieder Licht am Ende des Tunnels – also Haushaltsausgleich am Ende des Planungszeitraums – sehen wollen, dann müssen wir nachhaltige, also dauerhaft wirksame Einschnitte in der Ausgabenstruktur vornehmen.

Natürlich wird der Riesenblock der Personalausgaben dabei nicht außen vor bleiben können. Die GPA hat uns ja längst entsprechende Hinweise gegeben, die unbedingt abgearbeitet werden müssen. Es geht uns auch gar nicht um ein simples „Streichkonzert“. Was wir vor allem brauchen, sind nachhaltig wirksame Veränderungen der Organisationsstrukturen mit dem Ziel: Verschlinkung und Vereinfachung.

➤ Wir haben schon im letzten Jahr vorgeschlagen, dass sich der AK Personal intensiv dieser Aufgabe widmet. Jetzt plädieren wir dafür, dass wir uns gemeinsam zu klaren Zielvorgaben durchringen. Mein Eindruck aus den letzten Beratungen ist: Die Bereitschaft, daran mitzuwirken, ist bei fast allen Fraktionen vorhanden, weil sie glauben, dass wir die Verwaltung mit dieser Aufgabe nicht allein lassen dürfen, und weil wir möglichst breite Akzeptanz auch für schwierige Entscheidungen erreichen müssen. Aus meiner Sicht ist das jedenfalls kein Angriff auf die Organisationshoheit des

Bürgermeisters sondern ein Angebot zu konstruktiver Zusammenarbeit.

- Und wir müssen aufgabenkritisch vorgehen: Was wollen, was müssen wir noch leisten, wenn wir uns nicht mehr alles leisten können?

Ich weiß, dass es viele in Gruiten schmerzt, wenn jetzt das Bürgerhaus dieser nüchternen Betrachtung zum Opfer fällt. Aber wir haben die begründete Hoffnung und wollen dazu beitragen, dass es zu einer befriedigenden Ersatzlösung kommt.

Begründete Hoffnung habe ich darüber hinaus, dass - nicht zuletzt dank privater Initiative und Spenden - demnächst auch in Gruiten die Einweihung eines Kunstrasenplatzes gefeiert werden kann. Wir wollen im Rahmen des Möglichen dabei helfen.

Und das wäre ja bei weitem weder die erste noch die einzige Einweihung: Wir freuen uns auf die erneuerte Stadtbücherei, die neue GS Dieker Str., die Feuerwehr, die Adlerstraße und demnächst auch die Walder Straße.

Die harte Arbeit an der Sanierung der Stadtfinanzen werden wir darüber nicht vergessen.